

© Neue Luzerner Zeitung; 04.10.2011

Neue Luzerner Zeitung Schweiz

Freie Wahl erhitzt die Gemüter

Armee

Eveline Rutz, Bern

Die Kommission für Kinder- und Jugendfragen will die Dienstpflicht abändern. Junge Männer sollen künftig zwischen Militär- und Zivildienst frei entscheiden dürfen.

Eveline Rutz, Bern

eveline.rutz@luzernerzeitung.ch

Immer mehr junge Schweizer absolvieren weder Militär- noch Zivildienst. 2010 wurden 34 Prozent der aufgebotenen Stellungspflichtigen als untauglich eingestuft. Das heisst, sie wurden über den so genannten «blauen Weg» ausgemustert und müssen Wehrpflichtersatz zahlen. «Die in der Verfassung verankerte Dienstpflicht wird nicht mehr eingehalten», stellte Pierre Maudet, der Präsident der Eidgenössischen Kommission für Kinder- und Jugendfragen (EKKJ), gestern vor den Medien fest. Hinzu komme, dass die Armee in den nächsten Jahren tendenziell weiter verkleinert werde. Dadurch entstehe ein Überschuss von Tausenden von Stellungspflichtigen. «In seiner gegenwärtigen Form ist das System nicht mehr haltbar», folgerte Maudet.

Im gestern veröffentlichten Bericht «Le contrat citoyen, ein Dienst für das Gemeinwohl» zeigt die EKKJ auf, wie die Dienstpflicht umgestaltet werden könnte. Die ausserparlamentarische Kommission schlägt vor, eine freie Wahl zwischen Militär- und Zivildienst mit gleicher Dauer einzuführen. Länder wie Deutschland und Frankreich hätten damit gute Erfahrungen gemacht, argumentiert sie.

Die deutlich zunehmende Anzahl der Zivildienstleistenden zeige, dass sich die Jungen für die Allgemeinheit engagieren wollten (siehe Grafik). «Sie haben schlicht das Bedürfnis, nützlich zu sein, und wünschen sich eine Aufgabe, deren Ziel sie verstehen, bei der es nicht einfach nur heisst: Schweige und gehorche», heisst es im Bericht.

Unkonventionelle Vorschläge

Insbesondere im Gesundheits- und im Sozialwesen seien genügend Stellen vorhanden, denkbar seien aber auch Einsätze in neuen Tätigkeitsfeldern. So schlägt die Kommission etwa vor, dass Jugendliche einen Beitrag zur Umsetzung der 2000-Watt-Gesellschaft leisten, indem sie alle Glühlampen im öffentlichen oder privaten Bereich durch Lampen der neuen Generation ersetzen. Weitere Einsatzmöglichkeiten sieht die EKKJ im Tourismus, etwa im Empfang von Touristen an Flughäfen und Bahnhöfen, sowie an Grossveranstaltungen.

Ermöglichen möchte die Kommission einen solchen Dienst am Gemeinwohl auch ausländischen Jugendlichen, die sich damit in lokale Netzwerke integrieren und ein Bewusstsein für die Institutionen ihres Gastlandes entwickeln könnten. Für Frauen soll die Dienstpflicht hingegen nicht gelten. Sie leisteten immer noch einen Grossteil der Kindererziehung und wesentlich mehr informelle Freiwilligenarbeit, lautet die Begründung

Für ihr Engagement müssten die jungen Menschen einen Mehrwert erhalten, verlangt die EKKJ. Ihre Leistung müsse mit einem offiziellen Nachweis anerkannt werden. Damit die Armee nicht plötzlich über zu wenige Soldaten verfüge, gelte es zudem, im Gesetz eine entsprechende Schutzklausel zu verankern. An der aktuellen Sicherheitspolitik übt die

Kommission Kritik. Es werde über das Globalbudget und den Armeebestand gestritten. «Strategische Visionen über die Aufgaben der Armee sind aber keine in Sicht.»

«Ein Verfassungsauftrag»

Jakob Büchler (CVP, St. Gallen), Präsident der Sicherheitspolitischen Kommission des Nationalrates (SiK), gehen die Vorschläge der EKKJ zu weit. «Die allgemeine Wehrpflicht ist in der Verfassung verankert», sagt er und warnt davor, auf Freiwilligkeit zu setzen. «Wir dürfen nicht dieselben Fehler machen wie andere Staaten.» Rücke man von der allgemeinen Wehrpflicht ab, bestehe die Gefahr, dass nur noch Personen Militärdienst leisteten, die nichts anderes fänden. «Das wäre ganz schlecht», meint Büchler.

Sehe sich die Armee dereinst tatsächlich mit Überbeständen konfrontiert, gelte es die Situation sorgfältig zu analysieren. Schon heute mangle es an Stellen für Zivildienstleistende, gibt Büchler zu bedenken. Mit einer freien Wahl zwischen Militär- und Zivildienst würde sich die Lage seiner Meinung nach weiter zuspitzen. «Das Volk wird früher oder später zu diesem Thema Stellung nehmen können», räumt Büchler ein und verweist auf die Volksinitiative der Gruppe für eine Schweiz ohne Armee (GSoA).

«Zwang ist falsch»

Die GSoA hat im Juni 2010 das Volksbegehren «Ja zur Aufhebung der Wehrpflicht» lanciert. Laut dem politischen Sekretär Adrian Feller fehlen nur noch rund 10 000 Unterschriften. Die Initiative soll noch dieses Jahr eingereicht werden. GSoA-Vorstandsmitglied Josef Lang (Grüne, Zug) bezeichnet die Visionen der EKKJ als Fortschritt. «Das Zivile hat nicht weniger Würde als das Militärische», sagt er. Kritisch beurteilt er jedoch, dass junge Männer weiterhin gezwungen werden sollen, eine Art von Dienst zu leisten. Werde die Dienstpflicht zugleich auf Frauen und Ausländer ausgedehnt, werde es schwierig, genügend sinnvolle Stellen zu finden. Die GSoA setzt auf freiwilliges Engagement. Sie will die allgemeine Wehrpflicht abschaffen und den Zivildienst auf freiwilliger Basis weiterführen.

«In seiner gegenwärtigen Form ist das System nicht mehr haltbar.»

Pierre Maudet, Präsident der Kommission für Kinder- und Jugendfragen

Express:

Die Debatte um den Sinn der allgemeinen Wehrpflicht wird neu lanciert.

Jakob Büchler, Präsident der SiK des Nationalrats, hält davon nicht viel.